

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schwerdterstr. 7, Düsseldorf

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konradstr. 7.
Druck und Versand Joh. van der Ven, Crefeld, Luth. Kirchstr. Nr. 63-65.
Jahreszahl: 4692.



Nutzig vorwärts!

Der vierte Deutsche Arbeiterkongress liegt hinter uns. Er war eine machtvolle Kundgebung, die weiteste Beachtung in allen Kreisen gefunden hat. Die christlich-rationale Arbeiterbewegung bildet einen Faktor im deutschen Volksleben, an dem man nicht vorübergehen kann. Durchglüht war der Kongress von Vaterlandsliebe und von Fürsorge für die Arbeiter. Als oberstes Ziel kam immer wieder zum Durchbruch: Wir müssen den Krieg gewinnen. Diesem Ziel hat sich alles unterzuordnen, vom ersten bis zum letzten. Keine Arbeitsstunde darf ungenutzt bleiben, keine Arbeitskraft darf brachliegen, weil sich das sonst sofort zum Nachteil unserer Feldgrauen an der Front bemerkbar macht. Wir stehen im Entscheidungsstadium des Krieges. Da kommt es auf jeden und auch auf alles an. Wir haben zu wählen, ob wir die Entbehrungen des Krieges noch eine Zeitlang tragen wollen, mögen sie auch noch so schwer sein, oder ob wir uns für die nächsten hundert Jahre in englische Knechtschaft begeben wollen.

Die Wahl kann nicht schwer sein. Das deutsche Volk hat in opferreichen Kämpfen seine politische Einheit errungen, hat in jahrzehntelangem Ringen und Arbeiten sich eine machtvolle wirtschaftliche Stellung in der Welt erstritten. Von diesem weithin leuchtenden Postament abzutreten, Fronddienste für andere zu leisten, dazu ist das deutsche Volk nicht gewillt. Es wird das Beste einsetzen, um die Vernichtungsziele seiner Feinde zu Boden zu schlagen.

Die Zeit arbeitet für uns. Bislang war dies das Schlagwort unserer Gegner. Sie erhofften von einer immer längerer Ausdehnung des Krieges sowohl unsere militärische, wie auch unsere wirtschaftliche Niederlage. Immer neue Völker trieben sie in den Kampf gegen uns, die Abschnürung von der See wurde immer rigoros durchgeföhrt. Das gewollte Ziel haben sie nicht erreicht. Wir können mit Fug und Recht behaupten, daß sich das Blatt gewendet hat, die Zeit arbeitet nur noch für uns, nicht aber für die Gegner.

Wir können und dürfen diesen Schluß aus den neuesten Vorgängen ziehen. Rußland windet sich unter einer neuen Revolution. Die vollständige Auflösung kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Von diesem Reich haben Deutschland und seine Verbündeten kaum noch etwas zu befürchten. Die bisher dort gebundenen Kräfte werden mehr und mehr für andere Fronten frei. Insbesondere haben uns die letzten militärischen Ereignisse in Italien aufs tiefste beröhrt. Keine militärische Niederlage ist vom deutschen Volk mit derartiger Genugtuung begrüßt worden, wie die italienische. Es ist die verdiente Strafe für den Treubruch. Sie trifft den verächtlichsten aller Feinde an seinem Lebensnerv.

Diese Ereignisse müssen unter dem deutschen Volk eine zuversichtliche Stimmung auslösen. Um so mehr betrüben uns die innerpolitischen Ereignisse, die immer noch nicht eine festlose Klärung gefunden haben. Es muß aufhören, daß unser Volk andauernd durch derartige Krisen erschüttert wird, was eine Beeinträchtigung unserer Kampfkraft im Gefolge haben muß. Davon haben wir übergenug. Wir haben uns tief geschämt über diese Vorgänge angesichts der gewaltigen Siege unserer Truppen in Italien.

Wir sprechen deshalb die zuversichtliche Erwartung aus, daß nunmehr eine endgültige Klärung gefunden ist, die uns ruhigen, innerpolitischen Verhältnissen entgegensöhrt. Jeder, dem es Ernst um das Wohl unseres Vaterlandes ist, kann nichts anderes wollen, als wie nur dieses. Diesen Willen hat auch der vierte Deutsche Arbeiterkongress bekundet und an seinem Teil dazu beigetragen, um eine zuversichtliche Stimmung im deutschen Volke wieder aufzurichten. Mögen nun die Reichs- und die preussische Staatsregierung dafür sorgen, daß das Ergebnis des gefundenen Kompromisses mit den Mehrheitsparteien des Reichstages baldmöglichst verwirklicht wird. Eine loyale Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform, die Beseitigung der Zensurerschwerungen, die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und Einführung von Arbeitskammern ist baldmöglichst zu erwarten, um damit jeder weiteren innerpolitischen Erschütterung vorzubeugen. Die Gegner der preussischen Wahlrechtsreform werden zu der Erkenntnis kommen müssen, daß eine Fortsetzung ihres bisherigen Verhaltens die innerpolitischen Krisen nicht beseitigt, sondern weiter lebendig erhält. Wir sagen daher nochmals, jeder, dem es wirklich Ernst um die Zukunft unseres Vaterlandes ist und der die Zeichen der Stunde zu deuten versteht, muß alles zu tun bereit sein, um im Entscheidungsstadium des Krieges alle Volksträfte zusammenzuführen, um den Krieg zum siegreichen Ende zu bringen.

Der vierte Deutsche Arbeiterkongress hat aber auch in anderen Fragen, die die Durchhaltkraft des deutschen Volkes zu stärken geeignet sind, seine Stimme erhoben. Die Lebensmittelversorgung muß in Bahnen erhalten bleiben, die ihre Sicherstellung bis zur nächstjährigen Ernte garantieren. Die Arbeitgeber sodann, insbesondere die der Großindustrie, sollen den Arbeiterwünschen Entgegenkommen zeigen, sie sollen ihnen die Schwere des Krieges erleichtern helfen. Dazu gehört mehr wie nur Lohn. Die Großindustrie sollte endlich zu einer ehrlichen Anerkennung der Arbeiterorganisationen kommen. Draußen auf den Schlachtfeldern kämpfen Deutschlands Söhne gemeinschaftlich für den Bestand und die Größe des Reiches. In der Heimat dagegen will alter Herrengeist immer noch nicht sich dazu bereit finden, mit der legitimen Vertretung der Arbeiter über die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die Zeichen der Zeit sind so klar und so ernst, daß man eine solche Haltung für fast unbegreiflich halten muß. Nicht allein während des Krieges haben wir den wirtschaftlichen Frieden im Erwerbaleben mit allen Kräften zu suchen, auch in der Friedenszeit werden wir danach trachten müssen, ihn zu erhalten. Die wieder einsetzende Weltkonkurrenz wird uns nötigen, alle Konflikte im Wirtschaftsleben hintanzuhalten. Das ist aber nur möglich, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer im gegenseitigen Einvernehmen sich über die Löhne und Arbeitsverhältnisse verständigen.

Dieses Streben neu zu betonen, für seine Verwirklichung zu arbeiten, war eine Hauptaufgabe des Kongresses. Was nun, fragen wir, hat zu geschehen, nachdem die herrlichen Kongrestage hinter uns liegen. Alle Kräfte unserer Bewegung müssen dafür tätig sein, um die Stimmung des Kongresses in die breiten Arbeitermassen hineinzutragen. Dieses ist geeignet, allem Kleinmut und jeder Verzagtheit entgegenzuarbeiten, um die Erschwerungen des Krieges leichter zu machen. Wir stehen im Entscheidungsstadium des Krieges. Gerade in dieser

Zeit muß jeder an seinem Platz dafür eintreten, daß der letzte seine Schuldigkeit für das große, erhabene Ziel tut. In die Zukunft sollen wir blicken, voller Zubeifucht und mit dem entschiedenen Willen, sie zu unseren Gunsten zu gestalten. Wenn diese Parole Gemeingut wird, dann hat der vierte Deutsche Arbeiterkongreß den beabsichtigten Zweck erreicht.

Vom Abkehrschein.

Die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über den Abkehrschein sollen nicht allein der Kriegswirtschaft den Arbeiterbestand nach Möglichkeit erhalten, sondern auch die Arbeiterschaft gegenüber gewissen Härten, soweit sie nicht unvermeidlich sind, schützen.

Dieser Schutz der Arbeiterinteressen wird aber vielfach durch das Verhalten der Arbeiter selbst verfehlt. Will der Arbeiter, dem der Abkehrschein verweigert wird, mit Aussicht auf Erfolg den Schlichtungsausschuß anrufen, so darf er nicht damit anfangen, daß er ohne Schein die bisherige Arbeitsstelle verläßt, sich an einen weit entfernten Ort begibt, wo er Arbeit zu finden hofft, und von dort aus nun die Beschwerde an den Schlichtungsausschuß richtet. Die Fälle, in denen Arbeiter aus dem Osten, aus der Provinz Posen oder aus Westpreußen, nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet reisen und dann von Gelsenkirchen oder Bochum aus vom Schlichtungsausschuß in Posen oder Thorn sofortige Zusendung des Abkehrscheins fordern, weil sie sehen, daß keine Beche sie ohne solchen Schein einstellt, kommen zu Duzenden vor, und fast ebenso oft tritt das Umgekehrte ein, daß aus dem Osten kommende Arbeiter, die im Westen in Beschäftigung stehen, um mit ihren Familien vereinigt zu sein, nach der Heimat zurückkehren und erst von der Heimat aus wegen des Abkehrscheins sich umtun. Zunächst liegt es überdies noch so, daß die Leute sich zunächst an den nicht zuständigen Ausschuß ihres neuen Aufenthaltsorts wenden, und daß die Beschwerde erst dem zuständigen Ausschuß der alten Arbeitsstelle überhandt werden muß.

Auch in dem günstigeren Falle, nämlich in dem, daß gleich der zuständige Ausschuß angegangen wird, wird durch die Reise, durch den brieflichen Verkehr zwischen weit entfernten Orten, durch Rückfragen, die auf umständlichem schriftlichem Wege erledigt werden müssen, soviel Zeit verfließt, daß die zweiwöchentliche Karenzfrist des § 9 des Hilfsdienstgesetzes ungenützt verstreicht und das Verfahren damit endet, daß die Beschwerde abgewiesen wird, weil ihr kein rechtliches Interesse mehr zugrunde liegt. Der Ortswechsel ohne Abkehrschein hat also den Erfolg, daß der Arbeiter volle 14 Tage ohne Verdienst bleibt. Kommt es aber ausnahmsweise innerhalb der Frist zur Verhandlung vor dem zuständigen Ausschuß oder zur Entscheidung des Ausschusses ohne mündliche Verhandlung, so steht der Arbeiter ungemein benachteiligt da. Daß er 50 oder 80 Meilen zurückreist, um vor dem Ausschuß die Beschwerde zu vertreten, ist ausgeschlossen. Er muß sich auf den Ortswechsel verlassen, und daß er in diesem seine Sache nicht so kräftig und erfolgreich führen kann, wie in der persönlichen Aussprache, das liegt auf der Hand.

Die Arbeiter sind offenbar noch vielfach im unklaren darüber, welcher Gefährdung sie ihre Interessen aussetzen, indem sie ohne Abkehrschein weite Reisen von einem Beschäftigungsort zu einem anderen unternehmen. Aufklärung — auch durch die Gewerkschaftsorgane — dürfte geboten sein.

Bei dieser Gelegenheit seien noch einige Worte über den bedingten Abkehrschein gesagt:

Wie schon im Kommentar Schiffer-Jand, Seite 50, und auch im „Kriegsamt“ Nr. 8, Seite 4, ausgeführt wird, kann der Schlichtungsausschuß bei der Erteilung des Abkehrscheins in zweifacher Weise verfahren: entweder er erteilt den Abkehrschein ohne irgendwelche Beschränkungen oder er setzt in den Abkehrschein die Bedingung hinein, daß der Arbeitnehmer den Abkehrschein für einen bestimmten Arbeitgeber erhält, nämlich den, für den er die angemessene Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen nachgewiesen hat. Die Aufnahme einer

solchen Bedingung erscheint rechtlich durchaus zulässig und entspricht auch dem Sinne des Hilfsdienstgesetzes.

Es fragt sich, welches die Folgen der Aufnahme dieser Bedingung sind. Sie bedeutet, daß der Arbeitnehmer von keinem anderen Arbeitgeber als dem in dem Abkehrschein genannten innerhalb der 14-tägigen Karenzfrist in Beschäftigung genommen werden kann. Wenn also der Arbeitnehmer trotzdem eine Beschäftigung in einer anderen Arbeitsstelle annimmt, so ist er so zu behandeln, als ob er seine bisherige Arbeitsstätte ohne Abkehrschein verlassen hätte. Das hat für den Arbeitgeber, der ihn in Beschäftigung nimmt, die Folge, daß er sich gemäß § 18 Ziffer 2 des Hilfsdienstgesetzes strafbar macht, und es bedeutet für den Arbeitnehmer — wenn es sich um einen zurückgestellten Wehrpflichtigen handelt —, daß er von der Militärbehörde auch ohne Feststellung durch den Schlichtungsausschuß (§ 35 des Hilfsdienstgesetzes) ohne weiteres auf Grund des Erlasses des Kriegsamts vom 2. Februar 1917 C I b Nr. 2207. 1. 17. wieder eingezogen werden kann. Die letzte Wirkung tritt übrigens bei zurückgestellten Wehrpflichtigen auch dann ein, wenn der neue Arbeitgeber in dem Abkehrschein nicht ausdrücklich genannt ist; für die sofortige Einziehung genügt es, wenn der zurückgestellte Wehrpflichtige tatsächlich bei einem anderen Arbeitgeber Stellung nimmt als demjenigen, den er seinem bisherigen Arbeitgeber oder dem Schlichtungsausschuß angegeben hat.

Arbeiterschaft und Kriegsentseidung.

Zu diesem Thema führte Generalsekretär Stegerwald auf dem vierten Deutschen Arbeiterkongreß aus:

Zum vierten Male versammeln sich die hier vertretenen Organisationen zu einem Kongreß. Jede Veranstaltung tagt aus einem wichtigen äußeren Anlaß. Im Jahre 1903 traten wir zum ersten Male zusammen nach dem großen Wahlsieg der Sozialdemokratie. Damals herrschte für die Arbeiter eine sehr unbehagliche innerpolitische Situation. Breite und einflussreiche Kreise wollten mit staatlichen Gewaltmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie eingeschritten wissen. Wir warnten vor einer solchen Politik, da damit bestimmt nicht das erstrebte Ziel erreicht würde. Unsere damalige Auffassung, der auch die Reichsregierung Rechnung trug, ist durch den Krieg gerechtfertigt worden.

Im Jahre 1907 versammelten wir uns zum zweiten Male aus Anlaß der damals neu einsetzenden Ölkrise, von der man längere Zeit nicht wußte, wie sie sich sozialpolitisch auswirken würde. Sie hat sich nachträglich verhältnismäßig gut ausgewirkt. Mehrere unserer Kongreßforderungen sind im Verlaufe der nächsten Jahre verwirklicht worden.

Nach den Reichstagswahlen von 1912 mit ihrem der radikalsten Richtung günstigen Ergebnis, das eine starke politische und sozialpolitische Reaktion hervorrief, versammelten wir uns zum dritten Male. Damals glaubten einflussreiche Kreise einen Sturm aufs Ganze unternehmen zu sollen. Es wurde im Anschluß an die Reform der Reichsversicherungsordnung und die Schaffung der Angestelltenversicherung, ein mächtiger Vorstoß gegen die „Versicherungsseuche“ unternommen, die das Pflichtgefühl des Einzelnen, für sich und seine Angehörigen selbst zu sorgen, untergrabe und ein eintnerstes und verweichlichtes Volk schaffe, das Deutschland zum Ruin bringen müßte. Auf dem Kongreß wurde aus Anlaß des damaligen hundertsten Geburtstages der Freiheitskriege und im Hinblick auf das fünfunds-zwanzigjährige Regierungsjubiläum unseres Kaisers festgestellt, daß in den vorausgegangenen 100, insbesondere aber in den letzten 25 Jahren Deutschland auf allen Gebieten so gewaltige Fortschritte aufzuweisen habe, daß der damals verbreitete politische Pessimismus und die herrschende sozialpolitische Mähdigkeit in den Tatsachen keinerlei Begründung findet. Für die volle Auswirkung dieses Kongresses blieb aber keine Zeit mehr; acht Monate später besanden wir uns im gegenwärtigen Völkerringen.

Nunmehr stehen wir vor unserer vierten Tagung. Wir haben sie als eine außerordentliche Kriegstagung einberufen. Denn wiederum stehen wir vor einer überaus unerfreulichen

innerpolitischen Gesamtlage. Da hat sich uns geradezu die Notwendigkeit aufgedrängt, durch die christlich-nationale Arbeiterbewegung aufs neue eine Warnungstafel aufzustellen, um weiterhin ins Land hinein die Warnung ergehen zu lassen: So, wie bisher, kann es unmöglich länger weitergehen! Gerade die Arbeiterschaft ist an einer gründlichen Aenderung der heutigen unerquicklichen, lähmenden Zustände wesentlich interessiert. Dieser Kongress soll ein deutlicher Ausdruck dessen sein, was heute die christlich-nationale Arbeiterschaft bewegt. Und ich bin überzeugt, daß damit dem ganzen deutschen Volke in der jetzigen verfahrenen Situation der größte Dienst erwiesen wird. Klarheit tut vor allem not.

Wie liegen die Dinge?

Burgfrieden und Kriegszieldebatten.

Trotz des unangenehmen Eindrucks nach außen und trotz der Schwächung der inneren Front, die die innerpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Monate ohne Zweifel im Gefolge hatten, war der politische Burgfrieden, wie er im August 1914 proklamiert wurde, in einem Kriege von 3- bis 4-jähriger Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Das innerpolitische Leben Deutschlands war eben nicht ausreichend auf einen solch großen und langen Krieg vorbereitet. In Süddeutschland kennt man die innerpolitischen Auseinandersetzungen so gut wie nicht, die in Preußen, je länger der Krieg dauert, sich immer mehr zuspitzen und verschärfen. In Süddeutschland hat man sein Haus im Frieden rechtzeitig bestellt und innerlich entsprechend eingerichtet. In Preußen dagegen hat der Klassen- und Kastengeist in den dem Krieg vorausgegangenen zehn Jahren sich den Staatsnotwendigkeiten in bezug auf innere Umgestaltungen widersetzt. Und nun, aus Anlaß dieses Krieges, tritt die Tatsache klar in die Erscheinung, daß ausgeprägter Klassen- und Kastengeist auf der einen Seite und Volkskrieg auf der anderen Seite bei einem Volk mit höherem Bildungsstand nicht miteinander in Einklang zu bringen sind. Jetzt rächt sich im Kriege, was im Frieden zur rechten Zeit versäumt wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Adolf Wagner und die Heimerheimplätze.

Das letzte Wort, das der kürzlich verstorbene sozial gesinnte Professor Adolf Wagner dem deutschen Volke gesagt hat, ist ein Aufruf für die große Sache der Heimerheimplätze und Bodenreform. Es bildet gleichsam das sozialpolitische Vermächtnis des großen Lehrers. Der getreue Eckart unseres Volkes mahnt:

„Der erste Schritt zu einer Reform wollen die bodenreformatorischen Bestrebungen zur Schaffung von Heimerheimplätzen für unsere heimkehrenden Krieger und deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tun. Werden diese Bestrebungen in Gesetzform übergeführt, dann ist in der Tat ein Werk geschaffen, das geeignet ist, einen körperlich und sittlich gesunden Volkswachstum zu sichern, die Wehrkraft des Volkes zu erhöhen und die Ertragnisse des heimischen Bodens zu steigern!

Wir müssen zu einem neuen „deutschen Frieden“ kommen, der hoffentlich ein besserer wird als der, der bisher auf der Erde geherrscht hat, und in dem zuletzt auch die wahren Interessen der anderen vertreten sein werden. Das kann aber nie Wahrheit werden ohne feste ethische Grundsätze auch im Wirtschaftsleben, wie sie die Bodenreform zur Geltung bringen will! An ihr muß deshalb helfen, wer eine Mitverantwortung für unseres Volkes Zukunft fühlt!“

Viele loben heute Adolf Wagner mit bequemen Worten. Wir wollen seine geistigen Erben in der Tat und Wahrheit sein.

Wo droht Wohnungsnot?

Die Öffentlichkeit hat jetzt angefangen, sich ernster mit der Frage der drohenden Wohnungsnot zu beschäftigen, aber es fehlten bis vor kurzem genauere Angaben über die Lage des Wohnungsmarktes an den einzelnen Orten. Da ist nun eine Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes vor einiger

Monaten, vor allem aber eine ganz kürzlich vom Deutschen Wohnungsausschuß herausgegebene Schrift des bekannten Städtestatistikers Dr. Ruczynski „Wohnungsnot bei Friedensschluß?“ (Verlag Carl Heymann, 1.80 M.) sehr zur rechten Zeit gekommen. Diese Schrift beruht auf einer besonderen Umfrage bei den 99 deutschen Gemeinden, die über 50000 Einwohner zählen, und verfolgt für diese den Wohnungsmarkt sowohl für die Zeit vor dem Kriege wie während des Krieges und gibt auch ein wohlabgewogenes Urteil über den großen bei Friedensschluß zu erwartenden Wohnungsbedarf. Diese genauen Nachweisungen, mit denen wir in der vielumstrittenen Frage erheblich festeren Boden als bisher unter die Füße bekommen, werden allen, die mit diesen Dingen zu tun haben, sehr willkommen sein.

Aus unserer Industrie.

Die Textilindustrie im besetzten italienischen Gebiet.

Wir hatten bereits gemeldet, daß von dem österreichischen Armeekommando Fachleute der Textilindustrie in die besetzten italienischen Gebiete entsendet werden. Nun hat die Seidenzentrale ebenso wie die Baumwollzentrale mehrere Fachleute, darunter auch den Konsulenten der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer Dr. Becker, in die besetzten Gebiete Italiens entsendet, um die dort vorhandenen Rohseidenvorräte zu ermitteln und ihren Umfang festzustellen. Die friaulische Seidenweberei ist von ziemlicher Bedeutung. In Udine gibt es eine große Schappesweberei, in Palmanova zwei Seidenwebereien. Außerdem bestehen in zahlreichen Orten kleinere Spinnerei- und Zwirnereibetriebe. Ferner kommen zwei größere Baumwollwebereien in Betracht, von denen sich die eine in Gemona, die andere in Udine befindet. Die erstere dürfte 30000, die zweite 50000 Spindeln haben.

Ein neuer Textilfaserstoff.

Der Mangel an Kali in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat den Textilfabriken in diesem Lande Veranlassung gegeben, Versuche anzustellen, ob der Seetang geeignet sei, um daraus Kali herzustellen. Man beruht sich in dieser Angelegenheit darauf, daß es einer chemischen Fabrik in Australien gelungen sei, aus der Posidoniasfaser, die in großen Mengen wächst, Kali zu schaffen. Außerdem hat man sich überzeugt, daß diese Faser auch zur Herstellung von groben Gespinnsten geeignet wäre und so besonders Jutegepinnte ersetzen könnte. Sowohl in Australien wie in Amerika sollen sich bereits mehrere Fabriken gebildet haben, welche die Faser in großen Mengen aufkaufen, sie durch einen eigenartigen Prozeß zu Garnen verspinnen, welche einen vollwertigen Ersatz für Jutegarne bieten sollen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Lebensmittelzulagen für Arbeiter der Textilindustrie.

Unser Barmer Bezirkssekretariat hatte sich wegen Anerkennung von Textilarbeitern als Schwerarbeiter durch eine Eingabe vom 12. September 1917 an den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf gewandt. Darauf ist folgende Antwort eingegangen, die wir mit dem Merkblatt zum Abdruck bringen, weil die neuen Bestimmungen zu einer gleichmäßigen Behandlung der in Textilbetrieben beschäftigten Arbeitern dienen werden. Wo unsere Mitglieder nicht nach den im Merkblatt aufgeführten Grundsätzen mit Lebensmittelzulagen beliefert werden, mögen sie sich an unsere Sekretariate wenden, welche auf die Gemeindeverwaltungen entsprechend einwirken werden.

Der Regierungspräsident. Düsseldorf, den 29. Oktober 1917.
Eingabe vom 12. September ds. Js.

Zur möglichst gleichmäßigen Behandlung der Arbeiter der Textilindustrie bei der Verteilung der Lebensmittelzulagen habe ich

an Einberufenen mit dem Herrn Regierungspräsidenten in Arnberg, Köln und Münster ein Merkblatt betr. Lebensmittelzulagen für die Arbeiter in der Textilindustrie (mit Einschluß der Filzfabriken) ausarbeiten lassen. Eine Abschrift des Merkblattes ist beigelegt. Wie aus dem Merkblatte hervorgeht, sind die Arbeiter der Textilindustrie nach Möglichkeit, soweit es mit den bestehenden Bestimmungen vereinbar erschien, als Schwerarbeiter anerkannt worden. Das Merkblatt wird für die Folge im Regierungsbezirk Düsseldorf die Grundlage für die Ueberweisung der Lebensmittelzulagen an die Arbeiter der Textilindustrie bilden.

Merkblatt

gez.: Kruse.

Betr. Lebensmittelzulagen für die Arbeiter in der Textilindustrie (mit Einschluß der Filzfabriken).

A. Schwerarbeiterzulagen erhalten: 1. Dampfesselheizer mit Ausnahme solcher Heizer, die eine Gasfeuerung oder eine Feuerung mit mechanischer Beschickung bedienen. Die Kostreiniger und Aschenzieher der letzteren Anlagen fallen nicht unter diese Ausnahme. 2. Alle Schwerarbeiter, die regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten, für die Zeit in der sie Nachtschicht leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachtschicht. Als Nachtarbeit ist eine Arbeitsschicht nur dann anzusehen, wenn sie mindestens zur Hälfte in die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fällt.

B. Schwerarbeiterzulagen erhalten: 1. Maschinisten. 2. Schlosser. 3. Schmiede. 4. Schreiner, die vorwiegend an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt sind. 5. Ständige Transportarbeiter. 6. Meister und Vorarbeiter, soweit sie dauernd und schwer körperlich mitarbeiten. 7. Von den Arbeitern in Flachspinnereien: a) Hand- und Maschinenhechler. b) Vor- und Nachspinner. c) Hespeler. 8. Von den Spinnerarbeitern: a) Arbeiter an Schlag- und Reißmaschinen, Reiß- und Wischwölfen. b) Krempelpuffer in der Wollspinnerei und Kragenarbeiter in der Baumwollspinnerei. c) Salfaktorsteller. d) Annacher, sofern sie neben ihrer Tätigkeit als Annacher noch andere schwere Arbeit, wie z. B. das Tragen der Garnfärbe verrichten. 9. Von den Webearbeitern: a) Stricker und Wirker, wenn sie von Hand betriebene oder mehrere mechanisch angetriebene Maschinen bedienen. b) Bandweber (-wirker) an schweren Papiergurten und Treibriemen. c) Bandweber (-wirker) an schweren, dichten Leinwandgarnurten. d) Stuhlmeister (Bandstuhl-vorrichter). e) Handweber. f) Weber, die Decken, Tuche, Zeltbahnstoffe oder andere Stoffe ähnlicher Schwere dicht eingeschlagene Papiergewebe, Bourette- und Seidengewebe, soweit diese auf Tuchwebstühlen gewebt werden, oder Treibriemen herstellen, wenn sie mehr als einen Stuhl bedienen oder an Stühlen mit mehr als 120 cm Rietbreite oder mit mehreren Schützen oder mit schnelllaufenden Schützen (mehr als 70 Schuß in der Minute) arbeiten. g) Passierer, soweit ihnen das Ein- und Auslegen und Transportieren der Bäume obliegt. h) Bäumer, Salkochtopfpuler, für Papiergarne. i) Rettensicherer für schwere Papiergarnketten. k) Riemengarnsteller. l) Schnürriemenhaspelrinnen, die stehend schwere Handhassel bedienen. 10. Von den Appreturarbeitern: Arbeiter, die bei ihrer Arbeit der erheblichen ständigen Einwirkung von Hitze, Staub, Dämpfen oder Rässe ausgesetzt sind, wie Hand- und Maschinendrucker, Presser, Räucher, Trockner, Defattierer, Schlichter, Leimer, Walker, Färber, Aufrahmer, Bleicher, Säftrierer und Arbeiter in der Wäscherei, Polierer an Poliermaschinen. 11. Arbeiter in Pappfabriken. 12. Alle Minderarbeiter, die regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten, für die Zeit, in der sie Nachtschicht leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachtschicht. Als Nachtarbeit ist eine Arbeitsschicht nur anzusehen, wenn sie mindestens zur Hälfte in die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fällt.

C. Minderarbeiterzulagen erhalten: alle übrigen tranenversicherungspflichtigen Personen, soweit sie nicht leichte Arbeit verrichten.

D. Keine Zulage erhalten: 1. Vorzugsweise mit Schreibarbeit beschäftigte Personen, Büro- und kaufmännische Angestellten. 2. Betriebs- und Betriebsstättenleiter, sowie ausschließlich mit Zeichnen beschäftigte Personen. 3. Alle nicht unter Ziffer B 6 aufgeführten, auch technischen Beamten.

E. Allgemeine Bemerkungen. 1. Zulagen werden nur an regelmäßig körperlich arbeitende Personen gewährt. 2. Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter sind wie Arbeiter zu behandeln, deren Arbeiten sie ausführen. 3. Freie ausländische Arbeiter stehen Inländern gleich. Die Vorrechte für Krieg-gefangene bleiben unberührt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Woburg. Eine zahlreich besuchte Delegiertenversammlung der Woburger Wollindustrie fand am 27. Oktober bei Weiler statt. Dieselbe beschäftigte sich eingehend mit den Lebensmittelverhältnissen in hiesiger Gegend und mit den Lohnverhältnissen der Woburger Wollindustrie. Vieles lassen die Verhältnisse in hiesiger Gegend zu wünschen übrig. Eine Stärkung der Organisation ist daher unbedingt notwendig. Eine größere Anzahl Kolleginnen und Kollegen schloß sich unserem Verbands an. Am 3. November fand nun eine Mitgliederversammlung statt, welche zunächst die erforderlichen Wahlen erledigte. Unser bisheriger erster Vorsitzender, Kollege Reimer Schmitz, wurde einstimmig wiedergewählt, ebenso der bisherige Kassierer Kollege Theodor Schmitz. Zum Schriftführer wählten die Versammelten den Kollegen Josef Heister, zu Beisitzern Jakob Abs, Wilhelm Möller und die Kollegin Anna Strauch. Kassierrevisoren wurden die Kollegen Heinrich Schmitz, Johann Kraß und Wilhelm Canohl. Zu den bisherigen Vertrauensmännern wurden die Kollegen Wilhelm Oberländer, Johann Kraß und die Kollegin Elise Bodewig neugewählt. Nunmehr heißt es auch für die Woburger Mitglieder tüchtig weitergearbeitet, damit unsere Reihen immer mehr gestärkt werden. Jedes Mitglied muß ein Agitator werden, denn nur eine starke Organisation bürgt für angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Wirkendorf b. Düren. Auch in hiesiger Gegend ist der Organisationsgedanke im Wachsen begriffen. In der Kunstwollfabrik der Firma Gebr. Schüll hieselbst haben sich fast alle Kolleginnen und Kollegen nach einer besonders hierzu einberufenen Betriebsversammlung unserem Verbands angeschlossen. Die Lohnverhältnisse in diesem Betriebe sind absolut als nicht den Zeitverhältnissen entsprechend anzusehen. Eine Besserung dieser Verhältnisse muß daher die erste Arbeit unseres Verbandes sein. Dies wird geschehen, nachdem eine genaue Statistik der zur Zeit gezahlten Löhne gemacht worden ist. Aufgabe aller Kolleginnen und Kollegen ist es aber auch, dem Verbands die Treue zu halten. Nur dann wird eine dauernde Besserung der Verhältnisse eintreten können. Wir begrüßen daher die neugewonnenen Mitglieder in unserer Dürener Ortsgruppe recht herzlich. Möge das jüngste Reis sich weiter entwickeln zum Wohle des Ganzen. Wir müssen alle Kräfte einsehen, um unsere Ortsgruppe über den alten Friedensstand auszubauen. Allen neugewonnenen Mitgliedern aber rufen wir zu: Wollt ihr eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse zeitgemäß ausgestalten, dann stärkt die Reihen des christlichen Textilarbeiterverbandes.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Pauline Wunderlich aus Gora (Reuss),
Maria Reinartz aus Aachen-Burtscheid,
Maria Herb aus Immenstadt.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Wohlt. 25. November und 2. Dezember Abrechnung der Vertrauensleute von 10 bis 12 Uhr auf dem Büro.

Gewandte Frauen

suchen wir für unsere soziale Arbeit gegen Lohnenden Nebenverdienst. Bei Bewährung feste Anstellung! Auskunft erteilt gerne unsere Generatortrechnungsstelle in Köln, Senfentwall 9.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Mutig vorwärts! — Vom Ablehrschrein. — Arbeiter-schaft und Kriegsentcheidung. — **Allgemeine Rundschau:** Adolf Wagner und die Kriegsrheimstätten. — Wo droht Wohnungsnot? — **Aus unserer Industrie:** Die Textilindustrie im besetzten italienischen Gebiet. — Ein neuer Textilfaserstoff. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Aus unseren Bezirken: Lebensmittelzulagen für Arbeiter der Textilindustrie. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Woburg. — Wirkendorf b. Düren. — Sterbetafel. — **Versammlungskalender.** — **Inferat.**

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. C. M. Schiffer,
Düsseldorf, Konstantinstraße Nr. 7.